

Nein zum Militärzentrum Rheinland - keine Erhöhung des Rüstungsetats!

Vortrag und Diskussion, mit Joachim Schramm,
Landesgeschäftsführer der DFG-VK NRW

Donnerstag, 16. November 2017, Aachen
19 Uhr, Kath. Hochschulgemeinde, Pontstr. 74-76

NATO-AWACS-Stützpunkt in **Geilenkirchen**, Eurofighter-Basis in **Nörvenich**, NATO- und Bundeswehr-Kommandozentralen in **Kalkar/Uedem**, IT-Kommunikationseinheit der NATO in **Wesel**, Luftwaffentruppenkommando in **Köln**:



Zwischen Maas und Rhein sind wichtige Militäreinrichtungen der NATO- und Bundeswehr-Kriegsführung konzentriert. Hinzu kommen nur 50 bis 100 Kilometer entfernt in **Büchel (Rhl.-Pfalz)**, **Kleine Brogel (B)** und **Volkel (NL)** drei aktive Atomwaffenbasen.



Krieg beginnt im Rheinland und mit der geplanten Verdoppelung des Militäretats drohen eine weitere Aufrüstung und mehr Kriegsgefahr!

Nein zum Militärzentrum Rheinland - keine Erhöhung des Rüstungsetats!

Die zunehmend angespannte Weltlage schlägt sich auch in unserer Nachbarschaft nieder, nicht zuletzt durch die Anhäufung der militärischen Stützpunkte von Bundeswehr und NATO. Darüber informiert die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) NRW mit dieser Veranstaltung. In keiner Region von NRW sind so viele militärisch wichtige Standorte konzentriert wie zwischen Maas und Rhein. Von hier werden Einsätze der Luftwaffen Deutschlands und der NATO koordiniert, von hier starten die AWACS-Aufklärer zu Kriegseinsätzen in der ganzen Welt, hier heben die Eurofighter ab, um an der russischen Grenze als Teil der der aktuellen Drohkulisse ihre riskanten Manöver auszuführen.

Seit Beginn Jahres ist die Debatte um die Erhöhung des Militäretats auf 2% der Wirtschaftsleistung unseres Landes entbrannt. Je nachdem wie sich die Wirtschaftsleistung entwickelt, kann das



bis 2024 eine Verdoppelung des Militäretats von jetzt 37 Mrd. auf 70 Mrd. Euro bedeuten. Dieses zusätzliche Geld würde in neue Waffensysteme fließen, in den Ausbau von Militärstandorten. Eine solche Aufrüstung hätte auch eine Ausweitung von Kriegseinsätzen, eine Erhöhung der Kriegsgefahr zur Folge. Doch auch die Tatsache, dass dieses Geld in anderen Bereichen – etwa im Sozialetat – eingespart werden müsste, ist ein Skandal!

Notwendig sind stattdessen aus unserer Sicht Schritte der Abrüstung und eine Stärkung ziviler Maßnahmen der Friedenssicherung. Sicherheit ist durch Aufrüstung nicht zu gewährleisten, das zeigt die Erfahrung.



Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte Kriegsdienstgegner NRW
Braunschweiger Straße 22,
44145 Dortmund
www.nrw.dfg-vk.de